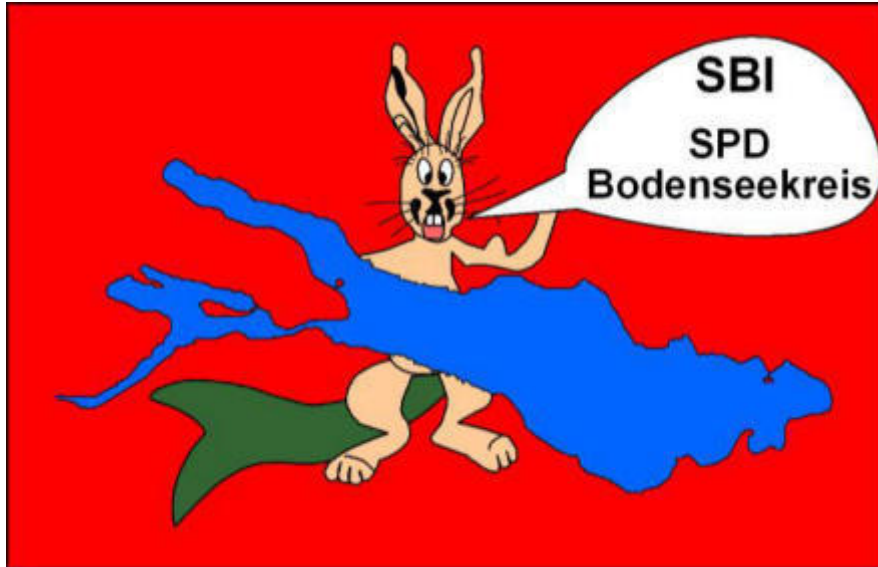


# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Arg gebeutelt sind die FreundInnen in Vorarlberg: nur noch vierte Kraft sind sie im Ländle. S undankbar kann politische Arbeit sein. Über 25% für die FPÖ, eine Partei, der sogar Sausgruber die Zusammenarbeit aufkündigen musste wegen antisemitischer und ausländerfeindlicher Entgleisungen.

„Nun hat der Wähler das Wort“ – ein Ausdruck, so simpel wie wahr. In wenigen Tagen werden auch die noch Unentschlossenen (hoffentlich viele) ihre beiden Stimmen im Wahllokal abgeben. Auf beide Stimmen kommt es an, man denke nur an die Überhangmandate, die ein Wahlergebnis durchaus (nur noch bei dieser Wahl) verfälschen können.

Dass diese Wahl eine Richtungswahl sein wird, ist nicht zu leugnen. Rot-Grün-Gelb scheint nach der klaren Aussage der FDP nicht möglich, allerdings zwingen manchmal die Tatsachen auch zu ungewünschten Bündnissen.

Auch Schwarz-Rot war nicht gewünscht, was die große Koalition zustande brachte, war wirklich achtbar. Jedenfalls hat diese Koalition in der Krise das Land mit den richtigen Maßnahmen vor dem Kollaps bewahrt.

Die Bilanz der SPD-geführten Ministerien überwiegt bei weitem das der Ministerien der Union. Wenn Frau Merkel glaubt, die Zufriedenheit im Lande garantiere den Sieg, kann sie sich durchaus noch täuschen. Schwarz-Gelb ist nicht der Weisheit letzter Schluss.

Mit Versprechungen von Steuersenkungen oder – Erleichterungen kann man die Wählerschaft nicht täuschen.

Völlig unvorstellbar ist der Gedanke, die Union könnte die Krise mit drohender Arbeitslosigkeit und riesigen Staatsdefiziten mit gerade der FDP bewältigen.

Liebe LeserInnen, nutzt die restlichen Tage bis zur Wahl und ruft mit auf, zur Wahl zu gehen und SPD zu wählen. Frank-Walter Steinmeier und sein Team sind die Zukunft unseres Landes.

Schwarz/Gelb lässt die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander gehen.

**es grüßt Sie  
die Redaktion**

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

## Inhaltsverzeichnis

- Vorrang für Investitionen - Das können wir besser - Aufbruch mit Frauen an der Spitze	S. 2-3
- „Frauen für Frank-Walter Steinmeier“ - Schavan spielt mit falschen Karten -	S. 3-5
- <b>KV Bodensee – MdL Norbert Zeller, Bundestagskandidat Jochen Jehle:</b> Offener Brief von Norbert Zeller an Ministerpräsident Oettinger - Zeller: Land weicht erneut aus -	S. 5-6
- Forderung nach Enquete-Kommission „Weiterbildung“ - Argumente gegen Studiengebühren	S. 6-7
- Dafür stehen wir (Immenstaader) Sozialdemokraten - "Warum soll man in Überlingen SPD wählen?" – Termine – Termine Jochen Jehle – Reinschauen -	S. 7-9
- <b>SBI: - SP Schweiz – Kanton SG:</b> Organisation des Vermittlungsdienstes für interkulturelle Übersetzungen (Verdi) - Zukunft von Abraxas nach dem Ausstieg des Kt. Zürich -	S. 10-11
- <b>Kanton Thurgau:</b> Nein zur Flatrate! Nein zur Steuergesetzrevision! Nein am 27. September	S. 11
- <b>SPÖ Vorarlberg:</b> "Abschaffung des Sitzenbleibens grundsätzlich ein richtiger Schritt" -	S. 12
- <b>SPÖ-Vorarlberg erreicht Wahlziel nicht - Kreis BC- Martin Gerster:</b> MdB Gerster begrüßt 50 Bürger in Berlin - Innovative Straßenbeleuchtung - „Nach der Wahl mache ich weiter“	S. 12-13
- <b>SPD KV RV:</b> Der Kabarettist Mike Jörg fühlt den SPD-Frauen Herta Däubler-Gmelin und Anne Jenter auf den Zahn -	
- Parallelgesellschaften - Die Aleviten - Hilde Mattheis besucht den Förderkreis „Werdende Mütter in Bedrängnis“ - Hilde Mattheis besucht Förderkreis für intensivpflegebedürftige Kinder Ulm e.V. - Die Idee des Mehrgenerationenwohnens braucht mehr als einen Besuch	S. 13-16
- Hilde Mattheis besichtigte die Kornmühle - Bio Bäckerei in Beimerstetten -	S. 16-17
- <b>BayernSPD:</b> Mitgliederbrief – DL 21: Wir brauchen eine Ausstiegstrategie aus Afghanistan	S. 17-18
- Einladung zum 03. Oktober -	S. 18
- Impressum	S. 19

## Vorrang für Investitionen



© Susi Knoell

"Souverän" und "mit klaren Argumenten" habe Frank-Walter Steinmeier das TV-Duell gegen Angela Merkel gewonnen, analysierte am Montag SPD-Generalsekretär Hubertus Heil. Die zur Wahl stehenden Alternativen seien deutlich geworden.

Steinmeier habe das TV-Duell am Vortag klar gewonnen, bekräftigte der SPD-Generalsekretär im Anschluss an eine Telefonschaltkonferenz des SPD-Präsidiums. Der Kanzlerkandidat habe deutlich gemacht, wofür er steht: Für [grundlegende Konsequenzen aus der Finanzkrise](#), für den [geordneten Ausstieg aus der Atomkraft](#), für die [Erneuerung des solidarischen Gesundheitswesens](#) mit der Bürgerversicherung und dafür, dass die Sozialdemokratie für [Arbeit kämpfe](#), "von der Menschen auch leben können".

Das SPD-Präsidium hatte zuvor auch den Vorschlag von Frank-Walter Steinmeier und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück für eine [internationale Finanzmarktsteuer](#) beraten.

Diese ziele darauf ab, "Investitionen den Vorrang vor Spekulationen" zu gewähren, erklärte Heil. Der Finanzminister werde sie Mitte nächster Woche auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh zur Sprache bringen. Heil unterstrich die Erwartung, dass "die gesamte Bundesregierung" die Initiative mittragen werde. Gelingen es nicht, die Finanzmarktsteuer bereits in Pittsburgh durchzusetzen, müsse in Deutschland wenigstens eine nationale Börsenumsatzsteuer eingeführt werden.

### Großspenden an Schwarz-Gelb interessengeleitet

Dass viele finanzpolitischen Vorschläge der SPD bislang von der Union blockiert wurden, wundert den SPD-Generalsekretär nicht, der in diesem Zusammenhang auf die Spendenpraxis der Finanzindustrie gegenüber Schwarz-Gelb verwies. So hätten die Unionsparteien in diesem Jahr Großspenden in Höhe von rund drei Millionen Euro erhalten. Allein von einer Großbank hätten CDU und FDP jeweils 200.000 Euro erhalten. Zwar seien Union und FDP schon immer besonders von der Finanzindustrie bedacht worden, dieser Trend sei aber in diesem Jahr "erneut und verstärkt" zu beobachten, erklärte Heil, der hinzufügte: "Natürlich hat das auch was mit Interessen zu tun." Diese Spendenpraxis werfe "ein bezeichnendes Licht darauf, wer sich was in Deutschland so wünscht". Der Generalsekretär kündigte zu diesem Thema eine Stellungnahme der SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks an.

14.09.2009

SPD.de

## "Das können wir besser!"



Deutschland braucht eine politische Führung mit Mut und Verantwortungsbereitschaft. In Rosenheim bekräftigte Franz Müntefering daher den Führungsanspruch der SPD: "Frank-Walter Steinmeier hat Kanzlerformat." Angela Merkel hingegen fehlten Ziele für das Land.

Mit scharfen Attacken auf Schwarz-Gelb machte der SPD-Vorsitzende am Freitag auf dem Max-Josefs-Platz im bayerischen Rosenheim die Bedeutung der Wahl am 27. September klar. Denn in gut einer Woche werden in Deutschland die Weichen gestellt - für den ehrgeizigen Zukunftsentwurf, den Frank-Walter Steinmeier in seinem Deutschland-Plan beschrieben hat oder für den sozial- wirtschafts- und finanzpolitischen Rückschritt mit Schwarz-Gelb.

"Wer sich nicht Ziele setzt, der kann nicht an der Spitze des Landes stehen. Dann soll sie gehen", forderte der SPD-Vorsitzende mit Blick auf Angela Merckels inhaltsleeren Wahlkampf. "Das können wir besser!"

Obwohl die Union in vielen Bereichen nicht sagen will, was sie vorhat, sind einige Pläne aber schon klar abzusehen. Knapp skizzierte Müntefering, was dem Land mit Schwarz-Gelb zu erwarten hätte: Atomkraftwerke würden länger laufen, Arbeitnehmer-Rechte würden geschleift, Reiche zu Lasten der Allgemeinheit entlastet.

Ohne tiefe Einschnitte ins Soziale wären die Steuerenkungs-Versprechen von CDU/CSU und FDP nicht umsetzbar. "Die Humanität einer Gesellschaft erkennt man aber daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht", rief Müntefering unter heftigem Beifall der Rosenheimer.

Dem gegenüber stehen die zukunftsweisenden Vorschläge des SPD-Kanzlerkandidaten. Deutschland müsse seine Chancen ergreifen bei der Förderung von Umwelttechnologien - etwa in der Automobilbranche und von Erneuerbaren Energien. Es gehe auch um Fortschritte bei der Gesundheitsforschung, um den Ausbau von Breitbandnetzen und um neue

Dienstleistungen - alles Zukunftsbereiche, so Müntefering, die sowohl globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel und knappen Ressourcen begegnen als auch neue Arbeitsplätze schaffen.

"Jede Zeit braucht ihre eigene Antwort", zitierte Müntefering Willy Brandt und ließ keinen Zweifel daran: Frank-Walter Steinmeier hat sie.

SPD.de

### Manuela Schwesig:

## Aufbruch mit Frauen an der Spitze

*Das Institut für Unternehmensführung am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) hat die bislang umfangreichste Studie zu Frauen in Führungspositionen veröffentlicht. Zu den Ergebnissen der Studie erklärt die SPD-Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, im Team Steinmeier zuständig für Familien-, Jugend-, Frauen- und Seniorenpolitik:*

Die Studie belegt, dass der Anteil von Frauen in den Vorständen der 600 führenden deutschen Unternehmen im Jahr 2008 bei nur gut 2 Prozent lag, in den Aufsichtsräten waren es gut 8 Prozent. Besonders auf Seiten der Kapitalgeber ist der Frauenanteil nur als Spurenelement zu finden. Die ermittelten Daten bestätigen unseren Kurs. Wir können die Führungspositionen der Wirtschaft nicht länger den Männern allein überlassen. Das ist ein Gebot der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und der ökonomischen Vernunft.

Ich freue mich, dass der SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier sich klar für eine Quotenregelung für Frauen in Aufsichtsräten von 40 Prozent ausgesprochen hat. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen, dafür sind verbindliche Regelungen und klare Zielvorgaben unerlässlich.

Die Zeit der Appelle ist vorbei. Unser Land kann es sich nicht länger leisten, im Schneckentempo anderen Ländern hinterher zu schleichen. Die erste Frau im Kanzleramt, Angela Merkel, und ihre zuständige Frauenministerin, Ursula von der Leyen, haben in ihrer Regierungszeit nur an zwei Frauen gedacht: an sich selbst.

Nach dem 27. September werden wir Sozialdemokraten alles dafür tun, dass es endlich eine gesetzliche Regelung geben wird. Unternehmen in Deutschland brauchen mehr Führungsfrauen an der Spitze.

Berlin, 16. September 2009

Pressestelle SPD

## **Aufruf zur Bundestagswahl 2009: „Frauen für Frank-Walter Steinmeier“**

*Rund 20 Frauen aus den unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sind heute der Einladung des Bundesaußenministers und SPD-Kanzlerkandidaten **Frank-Walter Steinmeier** gefolgt und haben bei einem gemeinsamen Frühstück über frauenpolitische Themen diskutiert. Auch die Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern **Manuela Schwesig**, im Team Steinmeier zuständig für Familien-, Jugend-, Frauen- und Seniorenpolitik, hat an diesem Termin teilgenommen. In diesem Kontext wurde auch ein Aufruf „Frauen für Frank-Walter Steinmeier“ vorgestellt. Der Text lautet wie folgt:*

### **Frauen für Frank-Walter Steinmeier**

Frauen tragen Verantwortung in allen Bereichen unserer Gesellschaft und auf allen Ebenen. Junge Frauen sind heute so gut ausgebildet wie keine Generation zuvor. Und trotzdem liegt Deutschland bei der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zurück.

### **Wir wollen den Aufbruch in die Zukunft**

- Wir wollen bei gleicher Arbeit auch gleichen Lohn erhalten - und nicht durchschnittlich 23 Prozent weniger als die männlichen Kollegen. Dafür sind gesetzliche Regelungen notwendig. Freiwillige Vereinbarungen haben in den vergangenen Jahren zu nichts geführt.
- Wir wollen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere Alleinerziehende, von ihrem Einkommen leben können.
- Wir wollen Arbeitszeitmodelle, die beides garantieren: Familie und Beruf.
- Wir wollen Gleichberechtigung in der Wirtschaft auch in Führungspositionen. Zehn Prozent Frauenanteil in den Aufsichtsräten der deutschen DAX-Unternehmen zeugen von überkommenen Denkweisen. Wir fordern eine Quote für Frauen in Aufsichtsräten von 40 Prozent.
- Wir wollen keine Herdprämie und keinen Küchenbonus. Sondern wir wollen eine gebührenfreie und an den Bedürfnissen der Familien orientierte Ganztagesbetreuung für Kinder.

Das geht nur mit einem Kanzler, der aus der Gleichberechtigung des Grundgesetzes eine Gleichstellung in der Wirklichkeit schafft.

**Frank-Walter Steinmeier trauen wir das zu. Deswegen unterstützen wir ihn.**

**Christine Becker**, Literaturwissenschaftlerin  
**Bibiana Berglau**, Schauspielerin, **Dr. Mechthild Borries-Knopp**, Geschäftsführerin, Villa Aurora Berlin/Los Angeles, **Prof. Dr. med. Martina Dören**, **Claudia Driessler**, Diplom-Kommunikationsdesignerin, **Elke Ferner**, MdB, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, **Annette Farrenkopf-Gruner**, Geschäftsführerin, Agentur 33 GmbH iG, **Sabine Haack**, Kulturberaterin, **Lena Herrling**, politische Repräsentantin, **Vera Junker**, Juristin, **Susanne Kahl-Passoth**, Diakoniedirektorin, **Leyla Karadeniz**, Erzieherin und Familientherapeutin. **Susanne Kilian**, Dolmetscherin und Geschäftsführerin, **Ina Paule Klink**, Schauspielerin, **Melitta Kühnlein**, Verwaltungswissenschaftlerin, **Prof. Dr. Jutta Limbach**, **Regina Möller**, Leiterin der Kita Knirpsenstadt, **Margret Mönig-Raane**, Gewerkschafterin, **Rebecca Niazi-Shahabi**, Schriftstellerin, **Christina Maria Pfeifer**, Kunst  
**Andrea Ruiken-Fabich**, Architektin, Büro Ruiken + Vetter, **Petra Rothbart**, Pressereferentin  
**Cornelia Ruhenstroth-Bauer**, Lehrerin, **Nora Schmidt**, Projektleiterin, **Prof. Dr. Gesine Schwan**, **Ingrid Stahmer**, Bürgermeisterin und Senatorin a.D., **Manuela Tänzler**, Angestellte,  
**Sybille Uken**, Personalberaterin, Inhaberin Management Finder, **Prof. Dr. Anja Mittelbeck-Varwick**, Juniorprofessorin Katholische Theologie, **Dr. Tanja Wielgoß**, Unternehmensberaterin, Mitglied der Geschäftsleitung A.T. Kearney,  
**Laura von Welck**, Unternehmerin, Gründerin von Kidnet.de  
Berlin, 17. September 2009 Pressestelle SPD

### **Hilde Mattheis (MdB):**

## **Schavan spielt mit falschen Karten**

### **Die ganze Wahrheit kommt *nach* der Bundestagswahl**

Im Hinblick auf einen heute erschienen Bericht der Financial Times Deutschland, dem zufolge Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) seit drei Monaten eine brisante Atomstudie zurückhält, sagt die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis MdB: "Frau Schavan ist zu feige, sich einer der wichtigsten Kernfragen im Bundestagswahlkampf zu stellen. Das Zurückhalten der Atomstudie zeigt, wie die Bundesforschungsministerin mit für die Bevölke-

rung entscheidenden Fragen umgeht.“ Mattheis fordert: Frau Schavan, sagen Sie vor der Wahl, was Sie in Sachen Atomenergie wirklich wollen!“

Die Nichtveröffentlichung der von Frau Schavan in Auftrag gegebenen Atomstudie lässt vermuten, dass die Bundesforschungsministerin sich vor der Wahl dem Thema Atomenergie nicht stellen will. Denn in der Studie wird die Kernkraft als „eine kostengünstige und konsensfähige Grundlaststromversorgung ohne CO<sub>2</sub> Ausstoß“ angepriesen und es wird für den Neubau von Kernkraftwerken plädiert.

Welche Doppelmoral sich dahinter des Weiteren verbergen könnte, zeigt sich in Fragen der Endlagerung von Atommüll. Denn die von Frau Schavan in Auftrag gegebene Atomstudie zeigt auf, dass Baden-Württemberg als Standort für ein Endlager nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Dass Frau Schavan das nicht vor der Wahl diskutieren möchte, liegt auf der Hand.

16.09.2009

Büro Hilde Mattheis MdB, Berlin



## Offener Brief von Norbert Zeller an Ministerpräsident Oettinger

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die CDU-Landtagsfraktion tag in den kommenden Tagen in meiner Heimatstadt Friedrichshafen, in unserer schönen Bodenseeregion. Zwar kennen Sie Friedrichshafen und die Region von vielen Besuchen, Messerveranstaltungen etc. Ich möchte Ihnen aber anlässlich der Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion doch drei wichtige Punkte aus der Sicht der Menschen und Kommunen mit auf den Weg geben:

### 1. Verkehrssituation

Extrem unbefriedigend ist - wie Sie wissen - die Verkehrssituation in unserer Region. Sie selbst haben des Öfteren erleben müssen, dass unsere Bundesstraßen den heutigen Anforderungen längst nicht mehr gewachsen sind. Ich bitte sie deshalb sehr eindringlich dafür zu sorgen, dass bei der anstehenden Bauprogrammbesprechung mit dem Bund unbedingt der Bau der B 31neu zwischen Friedrichshafen und Immenstaad und Überlingen sowie der B 30 RV-Eschach aufgenommen werden. Es kann nicht sein, dass Regierungsvertreter bei den verschiedenen Anlässen die

Bedeutung des Baus der Bundesstraßen in der Bodenseeregion hervorheben, die Taten aber auf sich warten lassen.

Neben dem dringenden Ausbau der Bundesstraßen ist auch die Elektrifizierung der Strecke Lindau-Friedrichshafen-Ulm ein Dauerbrenner. Seit über 30 Jahren gib es Versprechungen ohne Konsequenzen. Erfreulich ist, dass sich die betroffenen Landkreise und Kommunen zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen haben, um die Planungen voranzutreiben. Eine aktivere Rolle des Landes ist dringend geboten.

## 2. Schulentwicklung in der Region

An dieser Stelle möchte ich nicht unsere unterschiedlichen bildungspolitischen Positionen ansprechen, sondern einen pragmatischen Weg bei Fragen der Schulentwicklung einfordern.

Bedingt durch die Einführung der neuen Werkrealschule sind zahlreiche einzügige Hauptschulen gefährdet. Die Kommunen wissen aber, dass der Schulstandort für die Gemeindeentwicklung ein wesentlicher Faktor ist, um Firmen und Familien zu halten. Deshalb gibt es Bemühungen und Anträge auch in unserer Region auf längeres gemeinsames Lernen. Bislang hat Ihr Kultusminister sämtliche Anträge niedergebügelt. Der Wille von Kommunen, Schulen und Eltern wird in unverantwortlicher Weise übergangen.

Ich fordere Sie deshalb auf, innovative kommunale Schulentwicklungskonzepte, mit dem Ziel länger gemeinsam zu lernen, zuzulassen. Bringen Sie Ihren Kultusminister zur Vernunft. In Bayern gibt es inzwischen einen massiven kommunalen Protest gegen die gleiche Blockadehaltung der Regierung.

Wollen sie es soweit kommen lassen?

## 3. Frühkindliche Bildung

Obwohl die Kommunen für die frühkindliche Bildung zuständig sind, muss das Land eine stärkere Verantwortung übernehmen. Träger, Fachkräfte und Eltern in unserer Region fühlen sich von der Landesregierung alleingelassen. Die Folgen sind fatal. Das große Potential der Kinder, insbesondere aus Migrantenfamilien, kann nicht ausgeschöpft werden. Dies können wir uns aus gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen nicht leisten. Deshalb fordere ich eine deutlich höhere Landesbeteiligung an den Ausbaukosten für Krippenplätze.

Die verbindliche Einführung des Orientierungsplans war eine richtige Entscheidung. Allerdings kann er nur sinnvoll umgesetzt werden, wenn die Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden. Dazu gehört, die Fachkraft-Kind-Relation in einem Stufenplan auf

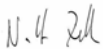
einen Mindeststandard von 1:12 anzuheben und eine integrierte Sprachförderung von Beginn an.

Der Orientierungsplan muss künftig auch für Kinder von 0-3 Jahren gelten. Niemand will die Beitragsfreiheit in den Schulen antasten. Was für die Schulen richtig ist, gilt auch für die Kindergärten. Deshalb muss das Land schrittweise die Beitragsfreiheit für Kindergärten einführen.

Und schließlich gilt es, Erzieherinnen besser zu bezahlen, denn unsere Kinder brauchen gut ausgebildete und hoch motivierte Erzieherinnen.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserer schönen Region und gute Beratungen im oben genannten Sinne.

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Zeller

### **Antwort der Landesregierung zu B 31 und 30:**

#### **Zeller: Land weicht erneut aus**

Auf die jüngste Kleine Anfrage vom August zu B 31 Friedrichshafen-Immenstaad Auf die jüngste Kleine Anfrage vom August zu B 31 Friedrichshafen-Immenstaad und B 30 Ravensburg Süd-Eschach hat der Landtagsabgeordnete Norbert Zeller SPD nun eine Antwort der Landesregierung erhalten, die er als sehr ausweichend einstuft. Einzige positive Auskunft darin sei, so Zeller, dass die baureifen Planungen vom Land derzeit laufen, sodass bei einem möglichen OK vom Bund dann bereits zum Beispiel mit Brückebauwerken etc. begonnen werden könnte.

Doch auf seine Frage, ob andere baureife Projekte im Land zugunsten der B 31 und B 30 von der vom Land zu erstellenden Liste der Bauvorhaben, die mit den vom Bund genehmigten Mitteln aus dem Straßenbauplan 2010 erstellt werden sollen, zurückgestellt werden, erhielt er keine definitive Aussage. Es heißt zwar wörtlich in der Antwort der Landesregierung, dass das Land die beiden Maßnahmen weiterhin mit höchster Priorität einstufen und mit Nachdruck auf eine schnelle Baufreigabe drängen will, doch ebenso heißt es wörtlich : „Die Vorhaben stehen in Konkurrenz zu weiteren dringenden Maßnahmen in Baden-Württemberg, für die Planfeststellungsbeschlüsse vorliegen“. Damit ist für Norbert Zeller herauszulesen, dass hier ein verschämtes Eingeständnis vorliegt, dass die beiden oberschwäbischen Straßenprojekte nicht vor andern baden-württembergischen Straßen-

projekten eingestuft werden. „Die vollmundigen Versprechungen, die gerade in dieser Woche bei der Klausurtagung der CDU am Bodensee und in Friedrichshafen gemacht wurden, sind bloße Lippenbekenntnisse“, meint Zeller, der wieder einmal nichts als „Trickserei“ der Landesregierung sieht.

Er hatte in seiner Kleinen Anfrage von der Landesregierung gefordert, dass in der anstehenden Bauprogrammbesprechung beim Bund beide Maßnahmen in den Bundeshaushalt aufgenommen werden und dass die dafür notwendigen Unterlagen vorliegen. Letzteres sei erfolgt, heißt es von Seiten des Innenministeriums. „Doch damit ist noch lange nichts darüber ausgesagt, mit welcher Priorität die beiden Straßeneubaute-Abschnitte der B 30 und B 31 auf der Landesliste stehen“, erklärt Zeller. Es nütze wenig, wenn andere Landesprojekte weiter vorne stehen und die oberschwäbischen am Ende, denn für alle Projekte im Land werden die Mittel nicht ausreichen, erklärt Zeller: „Hier macht es sich die Landesregierung mal wieder sehr einfach, wenn sie nur auf den zur Verfügung stehenden Rahmen der Mittel verweist, aber eben nichts zu der Rangfolge der Projekte aussagt.“  
18.09.2009 Büro Norbert Zeller, MdL

#### **Forderung nach Enquete-Kommission „Weiterbildung“**

#### **Norbert Zeller:**

#### **„Es ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, die Weiterbildung im Land zu verbessern“**

Norbert Zeller und die SPD-Landtagsfraktion sehen in der Weiterbildung eines der wichtigsten Themen für die kommenden Jahre. Die SPD-Fraktion im Land hat deshalb auf Betreiben von Norbert Zeller einstimmig entschieden, im Landtag die Einsetzung einer Enquetekommission „Weiterbildung“ zu beantragen. Ziel ist es, Struktur, Inhalt und Angebote auf den Prüfstand zu stellen und Finanzierung und Beteiligung erheblich auszubauen. „Wir betrachten es als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, die Weiterbildung im Land zu verbessern“, erklärte der Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Landtag von Baden-Württemberg, Norbert Zeller.

Obwohl die Weiterbildung als Teil der Daseinsvorsorge ein öffentlicher Auftrag sei, werde das Thema von der Landesregierung kaum berücksichtigt. „Baden-Württemberg ist Entwicklungsland in der öffentlichen Weiterbildung“, betont Zeller. Umgerechnet auf die Bevölkerung werde die Qualifizierung mit gerade einem Euro pro Person gefördert. Das beste Beispiel seien die Volkshochschulen, die vom Land

mehr oder weniger ausgetrocknet würden. Baden-Württemberg befindet sich hier am Ende der bundesweiten Skala. Derzeit werden 5,8 Prozent der Kosten vom Land getragen gegenüber 13,6 Prozent im Bundesdurchschnitt. Das zeige, dass die Landesregierung die Bedeutung des Themas Weiterbildung offensichtlich ignoriere. „Politik und Staat müssen endlich ihre Verantwortung für die Weiterbildung anerkennen“, fordert Zeller. Gerade das jüngste Gespräch Zellers mit der vhs Friedrichshafen habe dies so bestätigt, erklärt der Abgeordnete der Bodenseeregion.

Die Enquetekommission richtet sich deshalb sowohl an die Politik als auch an die Gesellschaft. Nur wer bereit sei, lebenslang zu lernen und sich weiterbilden zu lassen, sei für die Zukunft gerüstet und verbessere die eigenen Chancen. Und nur ein Land, das seinen Bürgern dafür ausreichende Möglichkeiten biete, könne auch wirtschaftlich prosperieren. Das heiße aber auch, die schleichende Privatisierung der Weiterbildung zu stoppen und die Beteiligung der öffentlichen Hand auszubauen. „Erst, wenn alle Bürgerinnen und Bürger sich ohne finanzielle Zwänge beteiligen können, wird die notwendige Weiterbildung vorankommen“, sagte Zeller.

Die SPD-Fraktion im Landtag hält den jetzigen Zeitpunkt für eine solche Kommission für richtig, da Weiterbildung für Arbeitslose und Kurzarbeiter in der aktuellen Wirtschaftskrise eine immer größere Bedeutung erhalte, wie auch der Leiter der vhs in Friedrichshafen Nimmerrichter betonte. So drängen die Agenturen für Arbeit darauf, dass Betroffene die freie Zeit nutzen könnten, sich zu qualifizieren. „Es zeigt sich aber immer stärker, dass viele Unternehmen und Beschäftigte wenig oder gar nicht über die Möglichkeiten der Weiterbildung Bescheid wissen“, sagte Zeller. Viele innovative Angebote und Projekte seien zu wenig bekannt, andernorts mangle es an Angeboten beruflicher und wissenschaftlicher Bildung insgesamt. Deshalb wolle die SPD erreichen, dass die öffentliche Hand in Baden-Württemberg ein übergreifendes Netzwerk an Angeboten ermöglicht. Dabei sollten neue Inhalte erfasst werden, etwa eine systematische Bildungsberatung, der große Bereich der Elternberatung oder neue Angebote für Senioren. Alle Träger für die allgemeine und berufliche Qualifizierung müssten daher bereits in der Arbeit der Enquete-Kommission eine Rolle spielen, etwa die Regionalagentur für Arbeit, die Gewerkschaften oder soziale und kirchliche Einrichtungen. Nur mit einem solchen neuen Netzwerk werde erreicht, dass tatsächlich alle Schichten der Gesellschaft sich für die Weiterbildung öffneten.

21.09.2009

Büro N0rbert Zeller, MdL



**Jochen Jehle**

## Argumente gegen Studiengebühren

- [Studiengebühren](#)

Bernhard Bueb hat heute bei der Podiumsdiskussion Unverständnis darüber geäußert, dass ich gegen Studiengebühren bin. Es sei doch schließlich gerecht, dass derjenige, der durch seine an der Universität erworbene Bildung profitiert, dafür vorab was investiere.

Ich habe ihm geantwortet, dass die Idee, etwas zu investieren und dafür eine Rendite zu bekommen nur in liberal denkenden Bevölkerungskreisen vorhanden sei. Wer im Leben noch nie Kapital gehabt hat, dem ist eine solche Denkweise fremd. Der scheut das Risiko Studiengebühren zu zahlen. Insofern sind die Gebühren abschreckend.

Es ist auch zu einfach, wenn Studenten Studiengebühren bezahlen und dann denken, dass sie damit Ihren Teil zur Bildungsfinanzierung ein Leben lang geleistet haben. Da ist die 2 % zusätzliche Steuer für Großverdiener (>125 000 Euro im Jahr) doch der angemessenere Weg, die Akademiker zu ihrer Verantwortung für die Gesellschaft heranzuziehen.

Jochen Jehle

## Dafür stehen wir (Immenstaader) Sozialdemokraten

„Dafür stehen wir Immenstaader Sozialdemokraten und darauf können wir stolz sein“ – mit den wichtigen Grundpfeilern „soziale Gerechtigkeit“ und „gute Arbeit“ hatte die Immenstaader SPD zwei der „roten Linien“ des SPD Wahlprogramms vorgestellt und mit diesem Satz zum Gespräch auf dem Wochenmarkt eingeladen. Unser Bundestags-Kandidat und Kreisvorsitzender Jochen Jehle ([www.jochen-jehle.de](http://www.jochen-jehle.de))

hat sich an diesem Marktstand beteiligt.

Wie schon mehrmals hatten wir 10 Feststellungen zu einer Befragung zusammengestellt und um Ihre Meinung gebeten - es haben sich interessante Gespräche und Diskussionen daraus entwickelt. Natürlich wa-

ren die Fragestellungen plakativ, natürlich gibt es für Vieles ein „ja (oder nein), aber“ und natürlich konnten die Themen nur angerissen werden. Es war für uns eine Bestätigung unseres politischen Einsatzes, wieviele MitbürgerInnen sich Zeit genommen haben für's Mitmachen, Danke dafür. Wir werden Ihre Anregungen, auch gerade die kritischen, in unserer Arbeit mit berücksichtigen.

Wer an weiteren Informationen und Mitmachangeboten interessiert ist, schaue bitte im Web auf <http://www.spd.de/de/partei/mitmachen>.

Hier wird unter anderem ein News Service angeboten, der in kurzen und knappen Zusammenstellungen die Themen der SPD Politik darstellt. Die bisher veröffentlichten Flugblätter sind zu finden unter <http://www.spd.de/de/service/material/flugblaetter/index.html>.

Am Sonntag ist Wahl – wir bitten um Ihre Stimmen für die SPD und unseren Bundestagskandidaten Jochen Jehle.

## Dafür stehen wir

	Ich auch	Weiss nicht	Ohne mich
Ausstieg aus der Atomenergie - jetzt	32	2	4
Starke Arbeitnehmer-Rechte	26	3	1
Echte Gleichstellung	31	--	--
Starke und solidarische Gesellschaft - Bürgerversicherung	21	6	2
Mindestlohn – Auskommen jetzt und im Alter	29	2	1
Gleiche Bildungs-Chancen	34	--	--
Effektiver Klimaschutz, weltweit und zuhause	28	2	--
Gerechte Steuern und Abgaben	32	1	--
Verantwortung für eine friedliche Welt tragen	30	--	--
Finanzmärkte regeln - Tobinsteuer	25	3	1
Wünsche und Anliegen: Wieder die DM. Stärkere Präsenz der SPD in allen Gremien!!! Keine Linken! SPD + Linke!			

**Irene Demuth, Vorsitzende SPD OV Immenstaad**

## "Warum soll man in Überlingen SPD wählen?"

Zur Beantwortung dieser Frage hatte die Überlinger SPD in das Bräustübli des Hotel Ochsen am Donnerstag den 17. 9. geladen.

Norbert Zeller, MdL und Vorsitzender des Schulausschusses verwies darauf, dass, obwohl Bildung eigentlich Ländersache sei, über Bildung aber "heiß im Bundestagswahlkampf" diskutiert werde. So habe eine Umfrage der Zeitschrift Eltern ergeben, dass für 81% der Eltern Bildung das Hauptthema sei. Die SPD ist traditionell eine Bildungspartei. Sozialdemokraten verstehen unter Bildung mehr als reine Wissensvermittlung. Sie ist die Basis unseres Zusammenlebens. Ja, "Bildung ist Menschenrecht", zitierte Zeller Frank-Walter Steinmeier. Deshalb sind wir heute gefordert, Kindern aus bildungsfernen Familien dieses Recht zu sichern. Zeller konnte an zwei Beispielen sozialdemokratischer Bildungspolitik zeigen, wie Kinder aus solchen Familien gefördert werden können. Da ist erst einmal die Ganztageschule, deren flächendeckende Einführung schon von der rot-grünen Regierung angestoßen worden ist. Dann gibt es noch die Weiterentwicklung der Kleinkinderbetreuung, wo Ursula von der Leyen die Ansätze von Renate Schmid im sozialdemokratischen Sinn - bildende Betreuung und nicht Aufbewahrung der Kinder – weiterentwickelt hat. Sozialdemokraten, so Zeller, wollen ein durchlässiges Bildungssystem ohne Hürden. Da der Bildungsprozess nie zum Abschluss komme, betonte er die Wichtigkeit der Weiterbildung, die man nicht nur unter dem Aspekt Beschäftigung während Kurzarbeit sehen dürfe. Abschließend verwies Zeller darauf, dass die Landtagsfraktion der SPD eine Enquetekommission zur Weiterbildung fordern werde.

Nachhaltigkeit, nannte Jochen Jehle, Direktkandidat der SPD für den Bodenseekreis eine der Triebkräfte des Fortschritts. Er erinnerte daran, dass die SPD einmal für die Kernenergie gestanden habe, aber mit dem Ausstieg aus der Kernenergie eine grundlegende Änderung der Energiepolitik eingeläutet habe. Die bis heute ungelösten Probleme mit dem nuklearen Abfall lassen an der Nachhaltigkeit und Umweltfreundlichkeit der Kernenergie zweifeln. Außerdem kann ein Kernkraftwerk nur von einem der großen vier Unternehmen (EnBW, E.ON, RWE, Vattenfall) betrieben werden. Deshalb sieht Jehle einen Wendepunkt weg von den Großen hin zu vielen kleinen Energieversorgern. Diese können Energie aus den unterschiedlichsten Quellen gewinnen, sei es Wind-, Solarenergie, Energie durch Wasserkraft usw. Ein typisches Beispiel ist das Hackschnitzelheizwerk in Überlingen, das nie von einem Großunternehmen betrieben würde. Kleine Energieversorger, wie die Stadtwerke Überlingen sind regional ausgerichtet und pflegen deswegen ihre heimische Infrastruktur. Dies bedeutet Aufträge für das regionale Handwerk und Profit, der in der Region bleibt und nicht in der Zentrale eines Großkonzerns aufgeht.

Peter Friedrich, MdB aus Konstanz nahm die Bälle auf, die Zeller und Jehle gespielt hatten. Er stellte

fest, dass es gute Gründe in Überlingen gäbe, dessen Wirtschaft mittelständisch geprägt ist, SPD zu wählen. Die SPD will, dass die mittelständischen Betriebe gut ausgebildete Mitarbeiter haben, auch in der Zukunft, wenn immer weniger nachrücken und die Anforderungen an die Qualifizierung steigen. Das geht nur, wenn man den Kindern aus bildungsfernen Familien Chancen einer Ausbruchsmöglichkeit aus dem Teufelskreis bietet, dass ein bildungsfernes Elternhaus bildungsfernen Nachwuchs produziert. Hilfen für diesen Ausbruch sind Kleinkindbetreuung, Ganztageschule, Durchlässigkeit im Bildungssystem und gebührenfreies Studium. Die Meinung der CDU, die Großen Vier könnten die Gewinne aus länger laufenden Atomkraftwerken in Technologien für erneuerbare Energien investieren, nannte Friedrich einen Irrtum, da erneuerbare Energieerzeugung dezentral sei. Ein interessanter Schritt zur dezentralen Energieversorgung sei das Konsortium Lichtblick-VW. Würde alle Energie, die im Landkreis Konstanz verbraucht wird, auch dort erzeugt werden, wäre das ein Profit von 300 Mio. € im Jahr. Gerade Baden-Württemberg kann mit seiner technisch-logistischen Infrastruktur die Anforderungen für die Einführung von flächendeckender erneuerbarer Energie erfüllen. "Wenn wir die ersten sind, sind wir auf der Gewinnerseite", so Friedrich. Wettbewerb durch eine nach unten offene Lohnskala lehnt er ab. Heute würden vier Millionen Arbeitnehmer Mindestlohn beziehen, nötig sei der Mindestlohn aber für 10 Millionen. Mindestlohn ist ein Schutz gegen Lohndumping und so auch Schutz für das regionale Handwerk.

Die auf die Referate folgende Diskussion war so lebhaft und intensiv, dass Peter Friedrich den Slot von zwei Stunden Wahlkampfhilfe für das Nordufer um eine halbe Stunde verlängerte.

**Dietram Hoffmann**

## Termine:

**27.09.2009**

## Bundestagswahl

**05.10.2009**

### Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

Parteiöffentlich

**01.10.2009**

### Vorstandssitzung der SBI im Vorarlberger Landhaus, Sitzungssaal des SPÖ-Clubs.

18.00 Uhr bis 20.00 Uhr

**31.10.2009**

**Herbsttagung der SBI mit Regierungspräsident Dr. Claudius Graf-Schelling (SP Thurgau), Präsident der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK), zum Thema: "Die regionale Zusammenarbeit überwindet Grenzen". Veranstaltungsort ist das Museum im alten Zollhaus von Romanshorn, gegenüber dem Fährhafen gelegen.**

10.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Parteiöffentlich

**23.11.2009**

### Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

Parteiöffentlich

**14.12.2009**

### Kreisvorstandssitzung (geplant)

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

## Aktuelle Termine von Jochen Jehle

Sie treffen ihn hier: [www.jochen-jehle.de](http://www.jochen-jehle.de)

### Bundestagskandidat

Jochen Jehle

**Sie treffen ihn hier:**

- [Infostand Wochenmarkt Markdorf](#)

Datum:

Donnerstag, 24. September 2009  
- 10:00 - 12:00

Ort:

Markdorf

## Reinschauen!

[http://www.youtube.com/watch?v=i7q4FgY8fsk&feature=player\\_embedded#t=98](http://www.youtube.com/watch?v=i7q4FgY8fsk&feature=player_embedded#t=98)

# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



## SP Schweiz



## SP Kanton St.Gallen

### SP Fraktion Kantonsrat St.Gallen

### Organisation des Vermittlungsdienstes für interkulturelle Übersetzungen (Verdi)

#### Einfache Anfrage von Kantonsrätin Bernadette Bachmann, St.Gallen

Seit 1998 bietet Verdi (ARGE Integration Ostschweiz) seine interkulturellen Übersetzungs-Dienste an. Verdi ist der 7. grösste Übersetzungsdienst in der Schweiz. Der Kanton St. Gallen unterstützt Verdi mit einem Leistungsauftrag. Neben dem Kanton St. Gallen leistet auch der Bund einen finanziellen Beitrag an Verdi. Dieser ist noch bis Ende 2011 garantiert. Ab 2012 unterstützt der Bund nur noch wenige grosse Vermittlungsstellen.

Es ist bekannt, wie wichtig dieser Übersetzungsdienst für die Kommunikation mit der fremdsprachigen Mitbevölkerung ist. Einen wichtigen Beitrag kann eine interkulturelle Übersetzung zum Beispiel in Gesprächen, in denen es um interkulturelle Verständnisschwierigkeiten geht leisten. Verdi vermittelt Übersetzungen, auch schriftliche, in 52 Sprachen. Die Einsatzgebiete verteilen sich zu je einem Drittel auf die Bereiche Sozialwesen, Gesundheit und Schule.

Damit dieser wichtige Dienst überleben kann braucht es strukturelle Veränderungen, im Sinne des Bundes.

Verdi müsste mit andern Organisationen die interkantonale Zusammenarbeit suchen, so dass in der Ostschweiz ein grosser Vermittlungsdienst die Übersetzungsleistungen anbieten könnte.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung die Wichtigkeit eines Vermittlungsdienstes für interkulturelle Übersetzungen ein?
  2. Ist die Regierung bereit, an der ostschweizerischen Regierungskonferenz ein gemeinsames Vorgehen der Ostschweizer Kantone zu besprechen. Es könnte eine öffentliche Ausschreibung für einen Vermittlungsdienst für interkulturelle Übersetzungen für die Ostschweiz gemacht werden?
  3. Ist die Regierung bereit, sich für die Bildung eines professionellen Vermittlungsdienstes einzusetzen? Auf die Erfahrungen von Verdi könnte zurückgegriffen werden?
  4. Kann sich die Regierung eine Zusammenlegung des interkulturellen Vermittlungsdienstes Verdi und des Dolmetscherdienstes des SJD vorstellen?
  5. Sind Informationen vorhanden, wie andere Kantone mit der Situation umgehen, dass der Bund ab 2012 nur noch grosse Vermittlungsstellen unterstützt?:
- 14.09.2009 SP Fraktion Kantonsrat St.Gallen

#### Communiqué der SP Fraktion

### Zukunft von Abraxas nach dem Ausstieg des Kt. Zürich

Der SP Kantonsrat Peter Hartmann hat in der heutigen Debatte im Kantonsrat zur Interpellationsantwort der Regierung Stellung genommen. Die Lage ist nach dem Ausstieg des Kantons Zürich weiterhin sehr unklar. Er bedauert, dass die Regierung kein Insourcing der Informatikleistungen in Betracht zieht.

Seit dem Start von Abraxas vor bald 10 Jahren gerät das Unternehmen der Kantone St.Gallen und Zürich in schöner Regelmässigkeit in die Schlagzeilen. Gerade vor einem Jahr kam es zum letzten Eklat: Der Kanton Zürich stieg aus Abraxas aus. Damit stellt sich die Frage, wer die Zürcher Anteile am Aktienkapital übernimmt. Es herrscht anscheinend Unsicherheit auf allen Ebenen.

Die Aussage der Regierung, dass aus Gründen der Versorgungssicherheit sowie zur besseren Abstützung der eigenen Informatikstrategie eine Beteiligung an einer eigenen Leistungserbringerin sinnvoll ist, kann unterstützt werden. Angesichts der aktuellen Situation aber stellt sich die Frage, ob innert nützlicher Frist eine Kooperation mit anderen Kantonen eingegangen werden kann. Dies hängt ja unter anderem auch vom Verhalten des Kantons Zürich ab: Gibt er seinen Aktienanteil an einen oder mehrere Kantone weiter oder verscherbelt er seinen durchaus für Private interessanten Anteil dem Meistbietenden. Bei der Gründung von Abraxas haben sich die beiden Partner leider kein gegenseitiges Vorkaufsrecht eingeräumt! Angesichts der Situation ist es bedauerlich, dass sich die Regierung nicht ernsthaft mit dem Insourcing der Informatikleistungen auseinandersetzen will.

Entscheidend für die Qualität der Dienstleistung sind die Mitarbeitenden und nicht die Rechtsform oder der Willen der beteiligten Kantone! Die Unsicherheit der Situation könnte (oder hat bereits) in verschiedenen Bereichen Abgänge provozieren und die Qualität der Dienstleistungen gefährden. Die Regierung ist in der Verantwortung, die Klärung der Besitzverhältnisse und der zukünftigen Ausrichtung rasch anzugehen!  
**21.09.2009 SP Fraktion Kantonsrat St.Gallen**

## **SP Kanton Thurgau**

### **Nein zur Flatrate!**

### **Nein zur Steuergesetzrevision! Nein am 27. September**

Es gibt viele Gründe, die gegen die am 27. September zur Abstimmung gelangende Steuergesetzrevision mit der Einführung der Flatrate-Tax sprechen. Drei wichtige Gründe möchte ich hier darlegen:

#### **Nein, weil die Flatrate den Mittelstand belastet!**

Von der Einführung der Flatrate-Tax profitieren vor allem die hohen und höchsten Einkommen. Bisher galt der Grundsatz „Wer viel verdient, der bezahlt mehr Steuern.“. Mit einem progressiven Steuersatz, das heisst einem mit dem Einkommen zunehmenden Steuersatz, wurde dieses Ziel erreicht. Mit der Flatrate-Tax soll ein einheitlicher Steuersatz eingeführt werden. Um die untersten Einkommen nicht allzu

stark zu benachteiligen, werden Sozialabzüge zugestanden. Das Resultat: Untersten Einkommen werden die Steuern erlassen, aber wirklich profitieren von diesem neuen System werden nur hohe und höchste Einkommen. Wer zum Beispiel in Arbon wohnt, verheiratet ist und 50'000 Franken steuerbares Einkommen ausweist, bezahlt mit der Revision Fr. 105.80 weniger Steuern pro Jahr. Wer aber 10x mehr verdient, also 500'000 Franken steuerbares Einkommen ausweist, profitiert 250x mehr, oder mit Fr. 25'783.95. Wenn 21 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu Gratisbürgern werden und die Reichen und Superreichen ganz enorm entlastet werden, dann sind die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit mittleren Einkommen systembedingt die Leidtragenden. Das hat auch der St. Galler Regierungsrat so festgestellt. Die Steuerlast wird auf den Mittelstand verschoben.

#### **Nein, weil diese Steuergesetzrevision ein finanzielles Hochrisikospiel ist!**

Mit dieser Steuergesetzrevision entstehen Einnahmeherausfälle von 100 Millionen Franken. Dazu kommen Einbussen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise. Es ist eine Fehlspekulation, zu glauben, viele zuziehende vermögende Steuerzahler würden die Ausfälle ausgleichen. Kanton und Gemeinden werden in riesige Defizite hineinrutschen. Die müssen dann durch Sparprogramme und Gebührenerhöhungen „behandelt“ werden. Profitieren werden einige wenige Seegemeinden. Hier werden dann aber die Wohnkosten, Bauland und Mieten, dermassen teuer, dass einheimische Familien keine bezahlbaren Wohngelegenheiten mehr finden und wegziehen müssen. In Zug hat man schon die entsprechenden negativen Erfahrungen gemacht.

#### **Nein, weil die Steuererklärung noch komplizierter wird!**

Damit im ersten Moment niemand mit dieser Steuergesetzrevision mehr Steuern bezahlen muss, hat sich die Steuerverwaltung ein kompliziertes vom Einkommen abhängiges Sozialabzugssystem ausgedacht. Die Forderung nach Vereinfachung der Steuerformulare wird in den Wind geschlagen.

#### **Steuereffizienz für alle!**

Die Kasse des Kantons Thurgau ist dank Nationalbank-Gold, Neuem Finanzausgleich des Bundes und der guten Wirtschaftslage in den letzten Jahren gut gefüllt. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen entlastet werden - nicht mit der unfairen Flatrate sondern mit einer Steuereffizienzreduktion, von der alle Einkommensschichten gleichmässig profitieren.

**Peter Gubser, Kantonsrat, Arbon**



## Schmied will Sitzenbleiben abschaffen

Elmar Mayer:

### "Abschaffung des Sitzenbleibens grundsätzlich ein richtiger Schritt"

Unterrichtministerin Claudia Schmied will das Wiederholen einer Klasse abschaffen. Die Ressortchefin sagt in einer Vorankündigung der ZiB1 für das Parlamentsmagazin "Hohes Haus", dass es noch in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung kommen sollte: "Ich hoffe sehr, dass wir in dieser Legislaturperiode auch in diesem Punkt eine Lösung schaffen." Das Sitzenbleiben sei nicht nur pädagogisch fragwürdig, sondern auch ökonomisch einfach wahnsinnig teuer, meinte Schmied.

SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer ist der Meinung, dass es weder pädagogisch, menschlich, noch wirtschaftlich Sinn mache, Kindern und Jugendlichen ein Ausbildungsjahr weg zu nehmen.

"Es muss allerdings durch gezielte Förderung bei spezifischen Defiziten, durch stärkere Differenzierung im Unterricht und verbesserte Individualisierung gewährleistet sein, dass einerseits den Schülerinnen und Schülern gezielt geholfen wird und andererseits es zu keinem Absinken des Niveaus einer Klasse kommen kann", betont Mayer. Die Abschaffung des Sitzenbleibens wird daher ein wichtiger Teil einer derzeit in Vorbereitung stehenden umfassenden Schulreform sein. "Für uns gilt: entscheidend ist, was für die Kinder am Besten ist", so Mayer abschließend.

SPÖ-Express, 18.09.2009

### Kräuter:

## SPÖ-Vorarlberg erreicht Wahlziel nicht



Traditionell schwerer Stand im ‚Ländle‘ – Rückschlüsse auf Bundespolitik nicht ableitbar

Von einer bitteren Niederlage der SPÖ-Vorarlberg, an der es nichts zu rütteln gibt, spricht der in Bregenz vor Ort anwesende SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. „Leider ist der große persönliche Einsatz von Spitzenkandidat Michael Ritsch und der engagierte Wahlkampf von seinem Team nicht belohnt worden“, so Kräuter. Es könne für die örtliche Sozialdemokratie kein Trost sein, dass die ÖVP in einem schwarzen Kernland ebenfalls signifikante Stimmenverluste zu verzeichnen habe.

Rückschlüsse auf die Bundespolitik sind, laut Kräuter, nicht ableitbar. Bekanntlich habe die Sozialdemokratie in Vorarlberg traditionell einen sehr schwierigen Stand. Die massiven Stimmenzuwächse für die FPÖ seien in Anbetracht der unakzeptablen verbalen Entgleisungen des FPÖ-Spitzenkandidaten mehr als betäublich, so Kräuter.

Quelle: [www.spoe.at](http://www.spoe.at)

**SPD Kreis Biberach  
MdB  
Martin Gerster**

### Politische Bildungsfahrt

## MdB Gerster begrüßt 50 Bürger in Berlin

BERLIN - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat diese Woche 50 Bürger aus seinem Wahlkreis Biberach-Wangen und dem Betreuungswahlkreis Ravensburg-Bodensee in Berlin begrüßt.



Beim Gespräch im Paul-Löbe-Haus, in dem unter anderem die verschiedenen Fachausschüsse des Parlaments tagen, erläuterte Gerster stichpunktartig seinen Werdegang und die Arbeit in Bundestag, Finanz- und Sportausschuss. Er erläuterte, dass aufgrund der Vielzahl an Beschlussvorlagen eine Spezialisierung der Abgeordneten nötig sei und die jeweiligen Ausschüsse die Abstimmungen vorbereiten müssten, wie aktuell zum Beispiel für die Sondersitzung über den EU-Vertrag. Die Teilnehmer stellten

viele kritische Fragen, unter anderem zu Gersters Ablehnung der Atomkraft und der ihrer Ansicht nach mangelhaften Präsenz von SPD-Anliegen in den Medien. Ebenso lebendig hatten sie mitdiskutiert bei anderen Programmpunkten wie einem Gespräch im Bundesfinanzministerium und dem Besuch des ehemaligen Untersuchungsgefängnisses der DDR-Staatssicherheit in Potsdam. Beeindruckt waren alle auch von der Gedenkstätte Potsdamer Abkommen, der Stadtrundfahrt und der Kreuzfahrt auf der Spree. Gerster begleitete diese und führte die Besucher zudem selbst vom Paul-Löbe-Haus unterirdisch hinüber ins benachbarte Reichstagsgebäude zur Kuppelbesichtigung. Die viertägige kostenlose Informationsfahrt zur politischen Bildung wird für jeden Abgeordneten vom Bundespresseamt organisiert und dreimal im Jahr angeboten. Interessierte können sich in Martin Gersters Bürgerbüro unter Telefon 07351/3003000

oder E-Mail [martin.gerster@wk.bundestag.de](mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de)

bewerben.

11.09-2009

**Wolfgang Heinzl,**  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

## Innovative Straßenbeleuchtung

### Klimaschutzinitiative fördert Gemeinde Dürmentingen

BERLIN/DÜRMENTINGEN - Die nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums bezuschusst aus ihrem Förderprogramm die Erneuerung der Straßenbeleuchtung in Dürmentingen und dessen Teilorten Burgau, Hailtingen und Heudorf mit über 46.000 Euro. „Bereits mit der heute verfügbaren Technik kann der CO<sub>2</sub>-Ausstoß halbiert und gleichzeitig die Lichtqualität deutlich verbessert werden“, teilte der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster mit. „Deshalb fördert das SPD-geführte Bundesumweltministerium den Einbau hocheffizienter Straßenbeleuchtung in der Gemeinde Dürmentingen mit einem Zuschuss von 25 Prozent.“ Seit verganginem Jahr stehen dem Bundesumweltministerium aus der Versteigerung von Wertpapieren über CO<sub>2</sub>-Verschmutzungsrechte zusätzliche Gelder für die Umsetzung der Klimaschutzinitiative zur Verfügung. „Der Bundeshaushalt wird durch die Zuschüsse also nicht zusätzlich belastet“, so Gerster.

15.09.2009

**Wolfgang Heinzl,**  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

### Hausbesuche:

**MdB Gerster:**

**„Nach der Wahl mache ich weiter“**

BIBERACH - Innerhalb eines Monats hat der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster in

allen 49 Gemeinden seines Wahlkreises Hausbesuche gemacht. Bei den jeweils eineinhalb bis zweieinhalb Stunden dauernden Aufenthalten verteilte er insgesamt rund 10.000 Geschenke. Darunter waren allein gut 4000 rote Rosen und tausende von Quietscheentzen, außerdem Flaschenöffner, Knautschwüfel, Brausetütchen und Lineale. „Ich habe fast nur positive Reaktionen bei meinen Hausbesuchen bekommen“, berichtete Gerster. „Nach der Wahl mache ich weiter, wenn auch nicht in dieser Intensität.“



Biberach, den 18. September 2009

**Wolfgang Heinzl,**  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

## SPD Kreisverband Ravensburg

### Der Kabarettist Mike Jörg fühlt den SPD-Frauen Herta Däubler-Gmelin und Anne Jenter auf den Zahn

Drei Tage vor der Wahl, am Donnerstag, den 24. September 2009, um 20 Uhr, kommt es in der Zehntscheuer in Ravensburg zu einem interessanten Aufeinandertreffen der SPD-Bundestagskandidatin Anne Jenter und der langjährigen SPD-Abgeordneten und hoch profilierten, ehemaligen Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin und dem Kabarettisten Mike Jörg. Der Kabarettist, der für seine klare Analyse der gesellschaftlichen Gegebenheiten und Entwicklungen bekannt ist, wird nachfragen, wo es zukünftig lang gehen soll.

Er wird Themenblöcke anmoderieren, den Politikerinnen die Möglichkeit geben, ihre Positionen zu referieren. Er wird aber auch dafür sorgen, dass die Wählerinnen und Wähler noch mal eine letzte Möglichkeit bekommen, vorzutragen, was sie von einer sozialdemokratischen Politik erwarten. Internetseite [www.anne-jenter.de](http://www.anne-jenter.de)

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen

**Anne Jenter, Bundestagskandidatin**

# Parallelgesellschaften

## Professor Dr. Raoul Motika im Kornhaus in Ravensburg

**Ravensburg, 18.9.2009.** Die alevitische Gemeinde hatte zu einer Veranstaltung im Rahmen des Themas Integration eingeladen.

In einem fast vollen Saal begrüßte der Gemeindevorsitzende Hasan Ögütçü die Gäste, von denen etwa ein Drittel deutscher Herkunft war. Somit war die Mehrheit der Anwesenden deutscher Staatsangehörigkeit (eine Besonderheit der Aleviten in Deutschland: sie stammen meist aus der Türkei und haben sich überdurchschnittlich integriert). Ögütçü rief die Anwesenden zu friedlichem Zusammenleben von Deutschen und Migranten und zum kritischen Dialog auf. Unter den Gästen konnte er die SPD Bundestagskandidatin Anne Jenter, die stellvertretende Kreisvorsitzende Gisela Müller und die SPD-Gemeinderätin Helga Bayha aus Weingarten begrüßen.

Nach dem Grußwort folgte die Einführung in das Thema des Abends. Parallele Wertegesellschaften heben sich von der Lebensweise der „Mehrheitsgesellschaft“ ab. Es besteht ein Zusammenhang zwischen Integration und Segregation. Die Kommune Ravensburg hat immer darauf geachtet, dass keine ausgrenzenden Wirkungen entstehen. Als der Gemeinderat die städtische Integration beschloss, waren Migranten mit in den Prozess eingebunden. Inzwischen leben Menschen aus 104 Ländern in Ravensburg.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit zwei Liedvorträgen der alevitischen Schule in Ravensburg, die die SängerInnen mit ihren Saiteninstrumenten begleiteten. Da der Redner wegen eines Unfalls noch im Stau stand, wurden die Besucher anschließend zum Büfett eingeladen, welches der Alevitische Verein Ravensburg liebevoll hergerichtet hatte.

Wenn von Parallelgesellschaften geredet wird, stellte Professor Motika fest, denkt die Mehrheit vor allem an Türken, an „Ehrenmorde“, an den Katalog des Einbürgerungstests, an die „Sauerlandbomber“. Merkmale einer Parallelgesellschaft sind soziale Abschottung, Heiraten untereinander, keine Freundschaften außerhalb der Gruppe. Eigene Normen, Gesetze und Alltagskultur (Kopftuch, Kleidung) gehören ebenso dazu wie (im Falle der Türken) eine eigene Religion, die das Selbstverständnis religiöser Überlegenheit (besonders für ansonsten erfolglose Jugendliche) bestätigt.

Gesellschaftliche Realitäten sind ein hoher Armutsanteil, niedriger Bildungsstand und ein hoher Grad an Desintegration und klare Trennung in den Wohnvierteln.



Jahrelang fühlte sich die Politik nicht zuständig für die Probleme. Es handelte sich ja um Ausländer, die irgendwann wieder nach Hause gehen würden. Dies trug zur Entwicklung hin zu Parallelgesellschaften bei. Mit der Einsicht, dass Zuwanderer gebraucht werden, setzen auch Bestrebungen zur Integration ein.

Von den 60er - bis in die 90er Jahre lebten die Türken sehr heimatbezogen, verschiedene Gruppierungen versuchten die „Alemanis“ als Wähler in der Heimat zu rekrutieren mit dem Ziel eines islamischen Staates Türkei. Islamistische Vereine gründeten ganze Konzerne mithilfe von Spenden von Türken in Deutschland.

Die Aleviten begannen nach dem Massaker von Sivas (Am 2. Juli 1993 - gab es in der Türkei das sogenannte Massaker von Sivas - ein aufgebrachter Mob steckte ein Hotel in Brand, in dem Intellektuelle logierten, die zu einer alevitischen Feier in die Stadt gekommen waren. 37 von ihnen starben damals) um ihre Anerkennung zu kämpfen. Inzwischen werden sie in Deutschland als Religionsgemeinschaft anerkannt. In vielen Bundesländern gibt es bereits alevitischen Religionsunterricht.

Ende der 90er Jahre begann dann die „Heiratsmigration“. Folgen waren, dass viele Neuankömmlinge kein Deutsch aber auch kaum türkisch sprachen, was sich dann auch für die Kinder negativ auswirkte. Auch das Satellitenfernsehen trug dazu bei.

Nun begann die Politik zu reagieren. Integration wurde nun zum Islamproblem. Die Türken begannen sich jetzt nach Deutschland auszurichten. Der Begriff Kulturgemeinschaft sagte der Politik nichts. Einzelne Organisationen erheben seither Alleinvertretungsansprüche. Seit 2001 wird der Islam als Bedrohung angesehen. Eine diffuse öffentliche Meinung sieht junge Moslems als Loser, die sich durch religiöse Radikalisierung Selbstwertgefühl verschaffen wollen. Hier beginnt die Entwicklung zum Terrorismus.

Motika sieht Wege zur Überwindung der Probleme:

- Bildung kommunaler Netzwerke, Ausbildungsförderung, Angebot von aktiver Zusammenarbeit (Verlust des Zulaufs zu radikalen Gruppierungen).
- Die Politik muss Integration teilweise organisieren. Individuelle Einbindungen werden

- gefordert.
- Erhöhung des Bildungsniveaus der Migranten
- Der Umgang mit der Scharia

In seiner Schlussrede forderte Hasan Ögütcü eine demokratische Integration. Die Scharia darf keinen Platz finden, da sie dem Wesen der Demokratie widerspricht

**Karl-Heinz König**

## Die Aleviten

Die Aleviten bilden nach den Sunniten in der Türkei die größte Religionsgruppe, mit ca. 25% der Bevölkerung.

Sie verfahren mit den religiösen Vorschriften liberal. So halten sie sich nicht an die fünf Säulen, sehen im Koran kein verbalinspiriertes Buch, sondern interpretieren ihn mystisch. Im Zentrum steht der Mensch nicht als der sich unterwerfende Sklave Gottes, sondern als eigenverantwortliches Wesen.

Aleviten bekennen sich zu Humanität und Demokratie. Die Scharia, das islamische Gesetz, lehnen Aleviten ab. Das ist der wichtigste Unterschied zu den Sunniten. Aleviten kennen keine Pflichtgebete. Sie brauchen zum Beten keinen besonderen Raum und keine spezielle Zeit. Jede Alevitin und jeder Alevit betet dann und dort, wo er oder sie will auf eine Art, wie es ihm oder ihr entspricht. Der Koran ist für Aleviten kein Gesetzbuch, sondern die Niederschrift von Offenbarungen, die kritisch gelesen werden dürfen.

Zu anderen Religionen, Glaubensbekenntnissen und Ideologien haben Aleviten ein sehr offenes Verhältnis. Auf eine undogmatische Weise fühlen sie sich der Humanität verpflichtet. Die Menschenrechte im Allgemeinen sowie die Meinungs- und Religionsfreiheit im speziellen werden von ihnen ausdrücklich bejaht. Jedem Menschen wird ausdrücklich das Recht auf einen eigenen Glauben zugestanden.

Jedem Menschen wird das freie Selbstbestimmungsrecht zugestanden. Er kann beliebige Rituale pflegen oder darf sogar Atheist sein, sofern er seine eigenen Ansichten nicht anderen aufzwingen will. Die sozialen Normen wie das Verbot des Tötens, Diebstahl, Verleumdung und Ehebruch gelten für Aleviten gegenüber allen Menschen. Die Frage nach dem Tod und den Jenseitsvorstellungen ist für Aleviten nebensächlich. Das Verhältnis zum Mitmenschen ist wichtig.

Die Aleviten beten nicht in einer Moschee, sondern treffen sich zu Kulthandlungen in einem Cemevi (Versammlungshaus) zur Rezitation von Gedichten und zum rituellen Tanz (Semah), der von Frauen und Männern gleichzeitig ausgeführt wird. Dieser wird unter der Aufsicht des Dede ("Großvater") oder Ana ("Großmutter") durchgeführt. Dedes und Anas sind

Personen, die sich mit den alevitischen Ritualen und Traditionen sehr gut auskennen und daher hohes Ansehen unter den Aleviten genießen. Die Verschleierung der Frau ist bei Aleviten nicht vorgeschrieben. In ihrer Lehre sind Frauen und Männer absolut gleichgestellt.

**Quelle:**

[www.uni-protokolle.de/Lexikon/Aleviten.html](http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Aleviten.html)

**Die Aleviten in Deutschland sind zu einem hohen Anteil eingebürgert, integriert und stehen zudem traditionell mehrheitlich der SPD nahe.**

**K-H-K**

## Hilde Mattheis besucht den Förderkreis „Werdende Mütter in Bedrängnis“

Am Montag, den 14. September war Hilde Mattheis beim Förderkreis „Werdende Mütter in Bedrängnis“ in der Ulmer Weststadt zu Besuch. In den Räumlichkeiten des Förderkreises informierte sich die Bundestagsabgeordnete bei den ehrenamtlichen Helferinnen um die Vorsitzende Ursula Bürzle über deren Arbeit: Vor allem hilfsbedürftige Familien und alleinerziehende Mütter nehmen die Hilfe in Anspruch. Beim Förderkreis können sie Kleidung, aber auch das ein oder andere Spielzeug bekommen, welches sie sich sonst als Hartz 4- Empfänger nicht leisten könnten.

Die Zahl der Bedürftigen, die das Angebot des Förderkreises nutzen, ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Auch deshalb tut sich der Kreis zunehmend schwerer, die laufenden Kosten zu tragen. Diese werden hauptsächlich aus Spenden und von Fördermitgliedern finanziert – der Kreis ist um jedes neue Mitglied froh.

Die Arbeit der ehrenamtlichen Helferinnen habe großen Respekt verdient, sagte Hilde Mattheis. Sie sei sehr fasziniert von so einem großen Engagement für die schwächeren der Gesellschaft. Der Bundestagsabgeordneten war die Unterstützung des Förderkreises auch ein sehr persönliches Anliegen. Sie wurde Fördermitglied und will sich auch politisch für den Kreis einsetzen.

**15.09.2009 Büro Hilde Mattheis, MdB**

## Hilde Mattheis besucht Förderkreis für intensivpflegebedürftige Kinder Ulm e.V.

Am vergangenen Freitag besuchte die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis den Förderkreis für intensivpflegebedürftige Kinder Ulm e.V. Die 1. Vorsitzende des Förderkreises, Mathilde Maier, be-

größte Hilde Mattheis und berichtete aus der 20 jährigen Geschichte des Förderkreises. Prof. Dr. Helmut Hummler führte die Besuchergruppe durch die Intensivüberwachungsstation.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden zurzeit etwa 8% aller Kinder zu früh geboren. Auf der Station selbst sind 90% der intensiv überwachten Kinder Frühgeborene (Kinder die vor der 31. Schwangerschaftswoche zur Welt kommen und mit einem Gewicht von weniger als 1500 Gramm).

Besonders beeindruckt zeigte sich die Bundestagsabgeordnete über den Fortschritt in der Medizin. Heute ist es möglich Neugeborene mit weniger als 1000 Gramm auf die Welt zu bringen und auf der Intensivstation zu pflegen. Das kleinste Kind auf der Station wiegt lediglich 290 Gramm.

Auf der Intensivpflegestation werden Kinder aus der ganzen Region gepflegt, darunter auch schwierige Fälle, wie Neugeborene von drogenabhängigen Eltern.

Prof. Hummler betonte, dass die Zusammenarbeit mit den Eltern während und nach dem Aufenthalt in der Klinik besonders wichtig sei. Die psychologische Betreuung sei dabei ein Baustein.

16.09.2009

Büro Hilde Mattheis, MdB

### **Hilde Mattheis (MdB):**

## **Die Idee des Mehrgenerationenwohnens braucht mehr als einen Besuch**

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat heute als Regierungsmitglied das Mehrgenerationenhaus in Ulm, die Begegnungsstätte Eichberg e.V., besucht.

Der Besuch alleine reiche aber nicht, so Hilde Mattheis. Die große Koalition hatte 2005 in den Koalitionsvereinbarungen und mit dem darauf aufbauenden Kabinettsbeschluss von Genshagen beschlossen, für jeden Landkreis und Stadtkreis als Anschubfinanzierung für die Dauer von 5 Jahren pro Jahr und Kreis 40 000 Euro bereitzustellen. Diese Mittel decken Kosten für Personal-, Sach- und Honorarausgaben. Während des fünfjährigen Förderzeitraums kann somit jedes Mehrgenerationenhausprojekt bis zu 200.000 Euro erhalten (Gesamtvolumen: 88 Millionen Euro).

Mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds konnte die Gesamtzahl der Mehrgenerationenhäuser auf 500 aufgestockt werden. Ende Januar 2008 wurden mit 500 Mehrgenerationenhäusern in ganz Deutschland das Ziel erreicht, flächendeckend Orte

für ein neues Miteinander der Generationen zu schaffen.

Aber viel mehr als die Auswahl aus insgesamt 1700 Bewerbungen und die Verteilung der Mittel hat das Ministerium nicht unternommen. So deutete doch allein die hohe Zahl der Bewerbungen auf den viel weitergehenden Bedarf an Mehrgenerationenhäusern hin.

„Das ist zu wenig“, sagt die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis MdB. Die Ministerin hat den Beschluss ausgeführt, mehr nicht. Aber wir brauchen dafür mehr Mittel und gezieltere Modellprojekte. Denn Familien und Senioren wollen ein unkompliziertes Verknüpfen von sozialer Begegnung, Versorgung, Freizeit und Arbeit. Immer noch passen Anspruch an Lebensqualität und Wirklichkeit nicht zusammen.“

Hilde Mattheis: „Dieses Aktionsprogramm muss weit über die Anschubfinanzierung hinausführen. Dazu gehört eine qualitative Verbesserung der Rahmenbedingungen wie die Vernetzung und Förderung mit und von Mehrgenerationenwohnanlage, aber auch die Finanzierung von neuen, für den Zweck zu errichtenden Häusern und nicht nur die Kostendeckung für den Betrieb.“

22.09.2009

Büro Hilde Mattheis, MdB

## **Hilde Mattheis besichtigte die Kornmühle - Bio Bäckerei in Beimerstetten**

Am heutigen Dienstag, den 22. September, besichtigte Hilde Mattheis in Beimerstetten die Backstube der Bio-Bäckerei Kornmühle. Dort wurde ihr von der Inhaberin Julian Unseld der Betrieb erläutert.



Die Bundestagsabgeordnete zeigte sich beeindruckt, dass sämtliche Backwaren ausschließlich in Handarbeit gefertigt werden. Aus diesem Grund besuchen jedes Jahr zahlreiche Schulklassen die Backstube in Beimerstetten. Doch die Fertigung der Waren durch Handarbeit ist nicht der einzige Unterschied zu kon-

ventionellen Bäckereien, bei denen eine hohe Automatisierung üblich ist. Auch verzichten die Bäcker der Kornmühle weitestgehend auf Backhilfsmittel. So besteht ein Laib normalen Brots lediglich aus den Zutaten Mehl, Wasser und Salz.

Die Kornmühle Bäckerei ist ein seit vielen Jahrzehnten familiengeführtes Unternehmen. So übernahm die jetzige Inhaberin Julia Unselde den Betrieb erst im letzten Jahr von ihrem Vater, einem gelernten Bäckermeister. Hilde Mattheis lobte den Mut der jungen Unternehmerin und sah in ihr einen weiteren Beweis, dass auch Frauen unternehmerisch solide wirtschaften können.

22.09.2009

Büro Hilde Mattheis, MdB

## BayernSPD

### Sozialdemokratische Partei Deutschlands

UB Allgäu-Bodensee

Liebe Genossinnen und Genossen,

bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 entscheiden auch wir hier im Allgäu, wie es weiter gehen soll im Bund. Die SPD kämpft dafür, ihre erfolgreiche Regierungsarbeit fortzusetzen und ein schwarz-gelbes Bündnis des Sozialabbaus, der Privatisierung der Lebensrisiken, der Neuverschuldung und der Atomkraft zu verhindern. Dabei zählt jede Stimme – wer nicht wählen geht, unterstützt Schwarz-Gelb!

Wir haben bis jetzt einen engagierten Wahlkampf geführt und werden auch die nächsten Tage engagiert weiter kämpfen. Für ein gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl ist die SPD aber auf jede und jeden von Euch angewiesen! Kommt deshalb zu unseren Veranstaltungen, bringt Familienmitglieder, Nachbarn, Arbeitskollegen und Freunde mit und werbt für die SPD denn:

#### Eine Stimme für die SPD ist

- eine Stimme für **soziale Marktwirtschaft** mit Mindestlohn, Kündigungsschutz, betrieblicher Mitbestimmung und Maßnahmen gegen Missbrauch bei Leiharbeit.
- eine Stimme für den „**Deutschland-Plan**“ und die Weichenstellung für das Land zugunsten von neuen Arbeitsplätzen und der Sicherung unseres Wohlstands.
- eine Stimme für die **Entlastung der kleinen Einkommen und des Mittelstandes** und eine stärkere Beteiligung sehr hoher Einkommen.
- eine Stimme für **mehr Solidarität in den sozialen Sicherungssystemen** statt „Privat vor Staat“, wie es die FDP fordert.
- eine Stimme für die **Bürgerversicherung** für Gesundheit und Pflege und für die **Erwerbstätigenversicherung** für die Rente.

- eine Stimme für **mehr Erwerbschancen für Ältere** und für **Menschen mit Behinderung**.

- eine Stimme für den **Ausbau von Arbeitsvermittlung**, Weiterbildung, Integration und **gegen Jugendarbeitslosigkeit**.

- eine Stimme für eine **moderne Familienpolitik** mit bedarfsgerechter Kinderbetreuung, Ganztagschulen und neuer Infrastruktur wie Eltern-Kind-Zentren und Pflegestützpunkten.

- eine Stimme für das **Elterngeld, Kinderzuschlag, Schulbedarfspaket** sowie **Familienentlastung** und **Chancengleichheit durch gebührenfreie Kinderbetreuung und Bildung** von Kinderkrippe bis zur Hochschule.

- eine Stimme für **mehr direkte Demokratie**, für **Gleichberechtigung von Frauen und Männern**, **gegen Benachteiligung** wegen des Alters, der Herkunft, einer Behinderung oder der sexuellen Orientierung.

- eine Stimme für **erneuerbare Energie**, das **Festhalten am Atomausstieg**, für **gentechnikfreie Regionen**, die Stärkung der **ökologischen Landwirtschaft, Verbraucherschutz** und die Sicht von **Umweltschutz** als Standortvorteil für unser Land.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst uns die letzten Tage vor der Wahl für einen noch intensiveren und engagierteren Wahlkampf nutzen, geht raus an die Infostände und zu Veranstaltungen, nutzt den Mundfunk um möglichst viele Menschen für die SPD zu gewinnen.

In den **Wahlkampfsprint** wollen wir am Dienstag, 22. September 2009 in Sonthofen starten: ab 15 Uhr werden wir mit der musikalischen Unterstützung der Band „Veto“ im Gasthof zum Löwen, Hindelanger Straße 1 am Rand der Sonthofener Fußgängerzone ein Bürgerfest feiern, zu dem Ihr alle herzlich eingeladen seid.

Weitere Termine findet Ihr auf Reinhard's Website

[www.reinhard-strehlke.de](http://www.reinhard-strehlke.de)

Liebe Genossinnen und Genossen,

bitte geht am 27. September zur Wahl und gebt Eure Erststimme unserem Kandidaten Reinhard Strehlke und unterstützt mit Eurer Zweitstimme die SPD. Solltet Ihr am 27. September verhindert sein, dann nutzt bitte die Möglichkeit der Briefwahl. Auch wenn wir in der Vergangenheit nicht immer mit der Regierungspolitik zufrieden waren, es gilt Schwarz-Gelb zu verhindern!

Deshalb überzeugt auch Eure Familienmitglieder, Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen von der Notwendigkeit einer starken SPD im Bund!

Mit solidarischen Grüßen

**Markus Kubatschka, UB-Vorsitzender  
Reinhard Strehlke, Bundestagskandidat**



Zur aktuellen Situation in Afghanistan erklärt der Sprecherkreis der DL 21 Baden-Württemberg:

## Wir brauchen eine Ausstiegstrategie aus Afghanistan

Angesichts der jüngsten Ereignisse in Afghanistan, bei denen einmal mehr unschuldige Zivilisten ums Leben kamen, wird deutlich, dass die Auseinandersetzungen zwischen aufständischen und deutschen Soldaten in Afghanistan an Härte zunehmen. Daher kann die Forderung nur lauten, dass wir möglichst schnell aus diesem Militäreinsatz aussteigen. „Wir brauchen sofort einen konkreten Ausstiegsplan“, so der Sprecherkreis der DL 21 Baden-Württemberg.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass in Zukunft häufiger mit Anschlägen und militärischen Einsätzen zu rechnen sei. Von einer Friedensmission könne immer weniger gesprochen werden.

Eine vernünftige und konkrete Exit-Strategie, um das Land verlassen zu können, sieht der Sprecherkreis als alternativlos an und erteilt daher Forderungen nach der weiteren Aufstockung des deutschen Kontingents in Afghanistan eine klare Absage. "Wir benötigen dort statt weiteren Soldaten deutlich mehr Mittel für den zivilen Sektor wie Verwaltung, Schulen und Krankenhäuser. Wir müssen den Afghanen so schnell und umfassend wie möglich helfen, sich selbst helfen zu können", so der Sprecherkreis.

**Sprecherkreis DL 21 Baden-Württemberg**  
Hilde Mattheis MdB, Karin Bauer, Leni Breymaier,  
Rita Haller-Haid MdL, Jürgen Höfflin, Udo Lutz,  
Christine Rudolf  
[www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de)

## EINLADUNG

### WAHLNACHLESE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2009

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden euch herzlich ein zu einer flügelübergreifende Wahlnachlese und eingehenden Analyse der Bundestagswahl-Ergebnisse

**SAMSTAG 3. OKTOBER 2009,  
11-14 UHR**

WALDHEIM HESLACH  
DACHSWALDWEG 180  
70569 STUTTGART

## PROGRAMM

11.00 BEGRÜSSUNG UND ERÖFFNUNG  
Hilde Mattheis MdB

11.15 ANALYSE DER BUNDESTAGS-  
WAHL 2009  
Prof. Dr. Andrea Römmele

12.00 STATEMENTS  
Hermann Scheer MdB  
Herta Däubler Gmelin MdB

13.00 DISKUSSION  
Moderation: Gerhard Gaiser  
Das Waldheim Heselach ist bewirtschaftet -  
die Versorgung mit Speisen und Getränken  
am Rande der Veranstaltung möglich.

## ANMELDUNG BITTE AN

[hilde.mattheis@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@bundestag.de)

## WEGBESCHREIBUNG

### Mit der U1

An der Haltestelle Waldeck in die Buslinie 82 umsteigen. Sofort wieder an der 1. Haltestelle aussteigen und der Beschilderung zum Waldheim (ca. 350m) folgen.

### Mit der S-Bahn

Station: Universität  
In den Bus 82 umsteigen bis Haltestelle Dachswald.  
Nach der Eisenbahnunterführung links Richtung  
Waldheim laufen.

### Mit dem PKW

- Von der Stadtmitte:

Hauptstätter-, Möhringer-, Böblinger Straße bis zur Ampelanlage Waldeck, Rechts der Beschilderung "Dachswald" nach. Beim Hotel Dachswald rechts abbiegen und der Beschilderung "Waldheim Heselach" folgen.

- Vom Stuttgarter Westen:

Rotenwaldstraße über Schattenring Richtung BAB Singen, Ausfahrt "Universität". Danach links der Beschilderung "Dachswald" folgen. Eisenbahnunterführung durchfahren und danach links der Beschilderung "Waldheim Heselach" folgen.

**Büro Hilde Mattheis, MdB**

# Impressum

## Herausgeber:

Matthias Mayr, Medienreferent SPD Bodenseekreis  
Weinbirnenstraße 5  
88048 Friedrichshafen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

## Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

e-mail: [roterseechas@kabelbw.de](mailto:roterseechas@kabelbw.de)

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

e-mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Bundes-SPD:

[www.spd.de](http://www.spd.de)

Pressestelle SPD:

[pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)

Büro Hilde Mattheis, MdB:

[Hilde.Mattheis@bundestag.de](mailto:Hilde.Mattheis@bundestag.de)

Norbert Zeller, MdL:

[norbert.zeller@spd.landtag-bw.de](mailto:norbert.zeller@spd.landtag-bw.de)

Jochen Jehle, Bundestagskandidat:

[Jochen.Jehle@spd-online.de](mailto:Jochen.Jehle@spd-online.de)

Irene Demuth,

Vorsitzende SPD OV Immenstaad:

[id-demuth@t-online.de](mailto:id-demuth@t-online.de)

Dietram Hoffmann:

[dietram.claudia@t-online.de](mailto:dietram.claudia@t-online.de)

SP Fraktion Kantonsrat St.Gallen:

[info@sp-sg.ch](mailto:info@sp-sg.ch)

Peter Gubser:

[petergubser.arbon@bluewin.ch](mailto:petergubser.arbon@bluewin.ch)

SPÖ-Express, 18.09.2009:

[hubert.loetsch@spoe.at](mailto:hubert.loetsch@spoe.at)

[www.spoe.at](http://www.spoe.at)

Wolfgang Heinzl,

Büroleiter Martin Gerster, MdB:

[Wolf99maci@aol.com](mailto:Wolf99maci@aol.com)

Anne Jenter:

[info@anne-jenter.de](mailto:info@anne-jenter.de)

Reinhard Strehlke:

[post@reinhard-strehlke.de](mailto:post@reinhard-strehlke.de)

Sprecherkreis DL 21 B-W:

[info@forum-dl21.de](mailto:info@forum-dl21.de)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

## **E-Mail-Abonnement (ab)bestellen**

(Karl-Heinz König)

[roterseechas@kabelbw.de](mailto:roterseechas@kabelbw.de)